

Wir wollen keinen 'führbaren Atomkrieg' in Europa!

aus der
Stuttgarter
Friedensbewegung
mit der Bitte an
BürgerInnen und
Organisationen
um Unterstützung



Vorabdruck

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper,

in Sorge um die gegenwärtig außerordentlich bedrohliche
Situation wenden wir uns an Sie.

Nach vorliegenden Informationen hat die US-Regierung an-
gekündigt, vor dem Hintergrund der weiteren Eskalation des
Krieges in der Ukraine, die zunächst für 2023 vorgesehene
Stationierung der modernisierten Atomwaffen für Westeuropa
auf Dezember 2022 vorzuziehen.

Diese Atomwaffen bedeuten nach unserer Einschätzung eine
extreme und unverantwortliche weitere Zuspitzung der gefähr-
lichen Eskalationsspirale hin zur Vorstellung eines führbaren
Atomkriegs in Europa. Die neuen Atomwaffen B61-12 sind
präzise lenkbare und in ihrer atomaren Sprengkraft dosierbare
bunkerbrechende Erstschlagswaffen für den sogenannten
taktischen Atomkrieg auf einem Schlachtfeld Europa.

Die US-Regierung sowie führende US-Militärs haben immer
wieder betont, dass sie sich das Recht auf einen atomaren
Erstschlag vorbehalten. US-Präsident Biden hat für die US-
Regierung erst vor kurzem erklärt, dass er sich auch einen
atomaren Präventivschlag vorstellen könne, „wenn vitale
Interessen der USA bedroht“ wären. Dies entspricht auch der
NATO-Atomwaffenstrategie.

Wenn auf der anderen Seite der russische Präsident Putin
den Einsatz von Atomwaffen für den Fall der existentiellen
Bedrohung Russlands angekündigt hat, so unterstreicht das
die Gefahr einer nuklearen Eskalation des Ukraine-Krieges zum
Dritten Weltkrieg. Dies wäre aber das Ende nicht nur Deutsch-
lands, sondern ganz Europas und vermutlich auch der mensch-
lichen Zivilisation.

Wir wissen natürlich, dass Sie nicht über die Macht verfügen,
um in dieser Frage zu entscheiden. Aber die US-Kommando-
zentrale EUCOM, von der aus die US-Regierung ihre in Europa
stationierten Truppen einschließlich aller US-Atomwaffen
befiehlt, liegt in dem von Ihnen, Herr Ministerpräsident,
regierten Bundesland bzw. der von Ihnen, Herr Oberbürger-
meister, verwalteten Stadt. Diese Tatsache verleiht Ihnen
nach unserer Überzeugung beträchtliches politisches Gewicht,
um auf die Mitglieder Ihrer Parteien in Bundesregierung und
Bundestag deeskalierend einzuwirken.

Von deutschem Boden, also auch von den US-Kommando-
zentralen EUCOM und AFRICOM in Stuttgart darf kein Krieg
mehr ausgehen. So wie es im Grundgesetz Artikel 26 klar
formuliert wird.

Wir fordern Sie daher auf, sich einzusetzen

- **für den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland
entsprechend dem Bundestagsbeschluss von 2010**
- **für den überfälligen Beitritt Deutschlands zum UN-
Atomwaffenverbotsvertrag. Dies entspricht der Intention
der internationalen Vereinigung der Bürgermeister für
den Frieden, „Mayors for peace“, einschließlich Stuttgart
sowie dem Wunsch der Landtagsabgeordneten, welche die
Abgeordnetenerklärung zur International Campaign to
Abolish Nuclear Weapons (ICAN) unterschrieben haben.**
- **gegen die Anschaffung von atomaren Trägersystemen
für die Bundeswehr wie die Tarnkappenbomber F35**
- **für die Schließung der US-Kommandozentralen
EUCOM und AFRICOM, das u.a. für illegale tödliche
Drohneneinsätze in Afrika verantwortlich gemacht wird.**

Eine Perspektive für den Frieden und damit für die Zukunft
der Menschheit kann nur gewonnen werden, wenn es gelingt,
eine weitere Eskalation des Krieges in der Ukraine zu ver-
hindern und einen Weg zum Waffenstillstand und zu einem
„Verhandlungsfrieden“ zu finden.

Um den Frieden zu gewinnen braucht es die Bereitschaft für
einen Stopp der Waffenlieferungen und für die Beendigung
des Wirtschaftskriegs gegen Russland. Der Wirtschaftskrieg
führt mit all seinen verheerenden Folgen zur Verarmung
unserer Bevölkerung sowie zur Deindustrialisierung unserer
gesamten Volkswirtschaft. Sowohl Krieg als auch Wirtschafts-
krieg haben katastrophale ökologische Auswirkungen
– und das weltweit.

Auch wenn wir – die verschiedenen Gruppierungen der
Friedensbewegung – uns nicht in allen Aspekten des Krieges
in der Ukraine einig sind, so sprechen wir zur Abwendung der
atomaren Weltkriegsgefahr doch mit einer Stimme!

**Wir erwarten von Ihnen, unsere Anliegen zu unterstützen
und entsprechend Ihrem Amtseid Schaden von der
deutschen Bevölkerung sowie im Besonderen von Stuttgart
abzuwenden.**

Mit freundlichen Grüßen
aus der Stuttgarter Friedensbewegung,

Offener FriedensTreff Stuttgart (Initiator)

November 2022
(Vorabdruck)

Keine Stationierung der modernisierten US-Atomwaffen in Deutschland!

Dieser Brief wird unterstützt von:

Erstunterzeichner:

Wilhelm und Cornelia Bergmann
Roland Blach, Friedenswerkstatt Mutlangen
Ralf Chevalier
Friedrich Gehring, Pfarrer i.R.
Dr. Stefan Genze
Annette Groth, Ex-MdB
Anne von Grudzinski
Heike Hänsel, Gesellschaft Kultur des Friedens
Reiner Hofmann
Christa Hourani, Delegierte IGM Stuttgart, ehem.
Betriebsrätin Daimler Zentrale
Günther Klein, Vors. Waldheim Stuttgart e.V.,
Clara-Zetkin-Haus
Dieter Lachenmayer, Koordinator Friedensnetz
Baden-Württemberg
Kornelia Lopau
Klaus Mausner, Bildhauer
Monika Münch-Steinbuch
Marguerite Pelissier
Paul Schobel, ehem. kath. Betriebsseelsorger
Wolfgang und Uta Wender

Friedensinitiative Schorndorf
Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba RG Stuttgart
Waldheim Gaisburg e.V.
Initiative „Netz Wirtschaften für das Leben“
FRIEDENSTREFF S Bad Cannstatt
FRIEDENSTREFF Stuttgart Nord

Kontakt

Friedensnetz Baden-Württemberg,
www.friedensnetz.de, kontakt@friedenstreff-nord.de

Danke! Spenden für Friedensarbeit:
Baden-Württembergischer Förderverein für
Frieden e.V.
IBAN DE95 6009 0100 0563 1310 04
BIC VOBAD533XXX
Stichwort: Offener Brief - Kein Atomkrieg

